Internet

Hacker bei den Piraten?

Der Fund einer Spionagesoftware auf dem Rechner eines Piraten-Mitarbeiters sorgt für Unmut unter den Kollegen im Düsseldorfer Landtag. Mit dem Programm Cain können Passwörter anderer Benutzer ausspioniert werden. Tagelang weigerten sich die Piraten, den Rechner herauszugeben. Schließlich rückten sieben Beamte des Landeskriminalamts an. Sie fanden eine professionell gesäuberte Festplatte, entdeckten aber beim Wiederherstellen auch das Spionageprogramm. Hinweise auf Datenmissbrauch gibt es bislang nicht. Mysteriös ist aber, wie das Programm überhaupt über das gut gesicherte Netz des Landtags auf den Rechner gelangen konnte. Zugriff haben nur dessen IT-Experten. Ein Hackerangriff wird jetzt vermutet. Die Piratenspitze muss darum am Mittwoch vor dem Ältestenrat antreten. Die geplante Wahl einer Piratin zur Vizelandtagspräsidentin, der höhere Bezüge und ein Dienstwagen mit Chauffeur zustehen, ist jetzt erst einmal verschoben worden – wegen des „ungeheuerlichen Vorgangs“, wie sich der SPD-Fraktionschef Norbert Römer empörte. bas

Grüne

32 Stunden

Bei den Grünen bahnt sich neuer Streit in der Familienpolitik an. Die Forderung von Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nach Einführung der 32-Stunden-Woche für Eltern von kleinen Kindern stößt auf Widerspruch: „Starre Gerüste wie eine 32-Stunden-Woche werden der Vielfalt der Bedürfnisse von Familien nicht gerecht“, sagt die familienpolitische Sprecherin Franziska Brantner, selbst Mutter eines Kindes. „Politik soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, selbstbestimmt mit ihrer Zeit umzugehen.“ Brantner fordert „arbeitszeitliche Flexibilität, aber im Sinne der Eltern und individuell ausgestaltet“. In dieser Woche veranstaltet die Grünen-Fraktion eine Tagung zum Thema Zeit und Familie. Göring-Eckardt hatte in einem Interview die Pläne von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) zur Einführung der 32-Stunden-Woche unterstützt. flo

Göring-Eckardt

FOTO: CHRISTIAN THIEL (U.); ILLUSTRATION: PETRA DUFKOVA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL

Juli Zeh Die Klassensprecherin

Seltsamer Reflex

Der Amazon-Streit geht in die dritte Phase. Phase eins – das Problem wird erkannt. Mehrere Verlage machen öffentlich, dass Amazon ihre Bücher beim Onlinevertrieb benachteiligt, um einen höheren Anteil am Verkaufspreis für E-Books zu erpressen. Phase zwei – Kritik wird laut. In mehreren Ländern erscheinen offene Briefe von Autoren, die Medien berichten. Phase drei – eine Antwort wird gefunden. Sie lautet: Wenn Amazon so schlimm ist, sollen die Leute ihre Bücher doch woanders kaufen.

Das ist ein neuerdings beliebter Reflex auf drängende politische Fragen. Wer nicht von Geheimdiensten ausgespäht werden will, soll eben keine E-Mails schreiben. Wer nicht möchte, dass man ihm die Daten klaut, kann sich ja von Facebook und Google fernhalten. Wem die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie nicht gefallen, darf keine billigen Klamotten erwerben.

Gewiss wäre die Welt ein Stück gerechter, wenn die Kunden ihre Bücher bei den Leuten bestellen würden, die die Arbeit machen. Amazon erhält bis zu 50 Prozent vom Preis jedes verkauften Buchs. Zum Vergleich: Der Anteil der Autoren liegt bei rund 10 Prozent, der Gewinn der Verlage meist noch darunter. Beim E-Book bekommt Amazon derzeit „nur“ knapp ein Drittel dessen, was der Kunde zahlt. Das will Amazon ändern.

Die Wahrung seiner Geschäftsinteressen dürfte dem Konzern nicht schwerfallen. Deutsche Publikumsverlage beziffern den Marktanteil Amazons bei E-Books auf bis zu 60 Prozent. Bei einem solchen Wert geht das Kartellrecht von einer marktbeherrschenden Stellung aus. Auf der anderen Seite muss es sich ein Verleger zweimal überlegen, ob er auch nur eine Rundmail an seine Kollegen schreibt. In den USA wurden mehrere Verlage verklagt, die sich gegen Amazon zusammengeschlossen hatten.

Nötig wäre deshalb eine Reform des Kartellrechts, das aus vordigitalen Tagen stammt. Dazu käme eine Angleichung von E-Books an den reduzierten Mehrwertsteuersatz gedruckter Bücher (sieben Prozent). Und vor allem die Einführung einer gesetzlichen Obergrenze für den Anteil, den ein Händler am Verkauf eines E-Books einfordern darf.

Zu glauben, alle diese Probleme könne der Verbraucher lösen, ist naiv. Der Verbraucher hat noch nie ein Übel aus der Welt geschafft. Das wäre in etwa so, als hätte man auf die Idee der Energiewende erwidert: Wer keinen Atomstrom mag, muss ja das Licht nicht anschalten.

Es geht darum, ethische Standards unter neuen technologischen Bedingungen zu bewahren. Diese zentrale Aufgabe darf die Politik nicht auf die Konsumenten abschieben. Auch wenn es selbstverständlich nicht schadet, ein E-Book direkt beim Verlag zu bestellen.

An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Jakob Augstein an der Reihe, danach Jan Fleischhauer.